

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte
– Drucksache 19/26600 –**

Jahresbericht 2020 (62. Bericht)

A. Problem

Die Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages jährlich zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat die Wehrbeauftragte am 23. Februar 2021 dem Deutschen Bundestag ihren Jahresbericht für das Jahr 2020 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und
Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf Drucksache 19/26600 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht der Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt der Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Verteidigungsausschuss bis zum 1. Oktober 2021 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatteerin

Dr. Eberhard Brecht
Berichterstatte

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatte

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatteerin

Tobias Pflüger
Berichterstatte

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Dr. Eberhard Brecht, Berengar Elsner von Gronow, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Tobias Pflüger und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf **Drucksache 19/26600** in seiner 229. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Sportausschuss, dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 158. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 101. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 79. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat die Vorlage in seiner 82. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 25. Mai 2021 in seiner 92. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** dankte der Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit und den interessanten Bericht. Sie verweist darauf, dass aufgrund der Amtshilfeleistungen während der Corona-Pandemie viele Soldatinnen und Soldaten Übungen verpasst hätten. Dieser Rückstau müsse nunmehr abgebaut werden. Bei dem noch immer bestehenden Personalmangel gebe es, ebenso wie beim Material, Handlungsbedarf. Daher dürfe auch in der nächsten Legislaturperiode die Finanzierung der Bundeswehr nicht reduziert werden.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an die Wehrbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie bedaure, dass der 62. Jahresbericht in der Parlamentsbefassung lediglich eine untergeordnete Rolle spiele. Viele Veränderungen erfolgten in der Bundeswehr nur sehr langsam, seien aber spürbar. Im Hinblick auf die im Jahresbericht thematisierten Fälle von Rechtsextremismus betonte sie die Bedeutung der politischen Bildung.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an die Wehrbeauftragte und ihr Haus an. Zu kritisieren sei, dass in den Jahresberichten die immer gleichen Schwachstellen thematisiert würden, ohne dass Änderungen erfolgten. Der unmittelbare Kontakt zwischen dem Verteidigungsausschuss und der Truppe sei künftig zu intensivieren.

Die **FDP-Fraktion** bedankte sich ebenfalls bei der Wehrbeauftragten und ihrem Personal. Der Jahresbericht verdeutliche, dass die umfassende Amtshilfe nicht die primäre Aufgabe der Bundeswehr sei. In der Folge sei es zu Einschränkungen im Grundbetrieb gekommen. Zudem gehe zwar die Beschaffung bei Großprojekten voran, es gebe aber erhebliche Mängel bei der persönlichen Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an und hob die gute Zusammenarbeit zwischen der Wehrbeauftragten und dem Parlament hervor. Sie wies darauf hin, dass einige Formulierungen im Jahresbericht, beispielsweise zum KSK, nicht mehr den aktuellen Erkenntnissen entsprächen. Die Fraktion DIE LINKE. mahnte Konsequenzen beim Thema Rechtsextremismus in der Bundeswehr an und fragte nach, wann die angekündigt Studie zum Thema vorliegen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und hob hervor, dass es sich bei dem Jahresbericht um einen Mängelbericht auf der Grundlage der Eingaben an die Wehrbeauftragte handle. Bedauerlicherweise wiederholten sich die Feststellungen in den Jahresberichten, ohne dass tatsächliche Fortschritte erkennbar seien.

Berlin, den 9. Juni 2021

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatlerin

Dr. Eberhard Brecht
Berichterstatter

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatlerin

Tobias Pflüger
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter